



Verunsichert und verärgert: Viele Hauseigentümer befürchten, dass sie nach Abschluss der Sanierung im Leeraner Osten tief in die Tasche greifen müssen. Am Donnerstagabend formierte sich eine Bürgerinitiative. Mehr als 300 Menschen kamen zu dieser Veranstaltung. Foto: Zuidema

# „Dann ist das Projekt Stadtsanierung tot“

Befürworter sehen Soziale Stadt als Chance / Gegner wollen EU-Geld stoppen

Von Doris Zuidema

**LEER.** „Die Politiker in Leer lachen nur über uns. Aber wir werden für unsere Rechte kämpfen!“, wettete Bernd Meyer. Applaus brandete auf im Saal von Schrock-Opitz. Am Donnerstagabend waren dorthin mehr als 300 Hauseigentümer aus dem Ostteil der Stadt Leer gekommen, um eine Bürgerinitiative unter dem Vorsitz Meyers zu gründen. Sie wollen Einspruch gegen einige Gesichtspunkte der geplanten Stadtsanierung einlegen.

Die Wogen schlugen hoch. Von Enteignung war die Rede, von Politikern, die angesichts der leeren Stadtkasse um jeden Preis Fördermittel nach Leer holen wollen. Die Bürger fühlten sich falsch informiert, hinter Licht geführt, befürchteten künftige Abzocke.

Die Bürgerinitiative stellt drei zentrale Forderungen: Alle Hauseigentümer, die keine Sanierungsmittel beantragen, sollen aus dem Sanierungsgebiet entlassen werden. Diese Hauseigentümer wollen keine Ausgleichsbeträge zahlen. Der

Sanierungsvermerk im Grundbuch soll rückgängig gemacht werden. Dafür will die Bürgerinitiative zunächst den „politischen Weg“ einschlagen, wie der Vorsitzende Bernd Meyer erklärte. Geplant ist, in Brüssel Briefe und ein Video über den Stadtteil vorzulegen, um so den Fluss der 11,5 Millionen Euro EU-Fördermittel zu stoppen. „Dann ist das Projekt tot“, so Meyer.

Genau das befürchtet Ulrich Tarp, Sanierungstreuhänder der Stadt Leer für das Sanierungsgebiet Leer Ost. Aus dem

Europäischen Fonds für regionale Entwicklung fließt die Hälfte der Sanierungskosten. Die andere Hälfte kommt zu zwei Drittel von Bund und Land. „Somit trägt die Stadt Leer lediglich ein Sechstel der Gesamtkosten. Das ist eine riesige Chance. Andere Städte und Kommunen stehen bereits für die Fördermittel Schlange und würden sich die Hände reiben, wenn Leer zurückziehen würde“, so Tarp. Der Treuhänder betont: „Nur diejenigen Hausbesitzer werden Ausgleichsbeträge zahlen müssen, deren Grundstück durch die Stadtsanierung an Wert gewinnt. Jedes einzelne Grundstück wird durch einen Gutachter geprüft. Die Wertsteigerung lässt sich im Vorfeld nicht in Zahlen fassen. Häuser an Straßen, in denen wenig gemacht wird, werden auch wenig bezahlen müssen.“